

Sehr geehrte Synodalinnen und Synodalen der XIV. Landessynode,

Das Abstimmungsergebnis der 13. Tagung der XIII. Landessynode zum Eckpunktepapier hat bei uns viel ausgelöst: Fassungslosigkeit, Wut, Trauer, Ratlosigkeit, Ohnmacht und mehr. Nicht wenige sagen: „Das kann ich gar nicht glauben.“

Wir sind überzeugt, dass es auf vielen Ebenen gewichtige Argumente gegen diesen Beschluss gibt. In diesem Schreiben beschränken wir uns bewusst auf das, was uns als Ehrenamtliche betrifft – und auch hier nur auf einige wenige Punkte. Gleichwohl fordern wir die neue Synode dringend auf, auch die anderen Ebenen dieses Beschlusses gründlich zu reflektieren.

Der Beschluss trägt den Titel „Eckpunkte zur Strukturreform“. Tatsächlich handelt es sich um einen grundlegenden Wandel, der eher als **Paradigmenwechsel** zu bezeichnen ist.

Es geht um gravierende Veränderungen: Zwangsfusion und Zwangskollektivierung. Gemeinden werden faktisch enteignet, Kirchenvorstände entmachtet und auf die Rolle bloßer „Keksgeldverwalter“ reduziert.

Die Städte Braunschweig und Goslar haben 1528 die Reformation als echte Reformation von unten eingeführt. Die Bürgerinnen und Bürger waren froh und stolz, als Christinnen und Christen vor Ort sogar gegen den Wolfenbütteler Herzog über ihre Religion zu entscheiden. Kurz vor dem 500. Jubiläumsjahr erleben wir nun eine Abkehr von diesen Idealen.

Unser eigenes Öffentlichkeitsorgan (Evangelische Perspektiven 3/2025, S. 20f.) berichtet, dass die katholische Kirche ihre vergleichbare Reform gestoppt hat, weil sie zu Identitätsverlusten bei den Ehrenamtlichen führte. Dass unsere Landeskirche trotz dieses Wissens denselben Fehler begeht, ist für uns unverständlich.

Wenn durch diesen Paradigmenwechsel zukünftig aus vielen Kirchorten niemand mehr in den neuen Kirchenvorständen vertreten sein wird, und niemand mehr mit Entscheidungskompetenz an den Kirchorten ansprechbar ist, ist auch kein Bindeglied mehr zum „normalen“ Gemeindemitglied vorhanden. Wir fürchten, dass gerade vor dem Hintergrund sinkender Pfarrerrinnen- und Pfarrerrzahlen dies zu weiterer Entfremdung der Kirchenmitglieder und zu beschleunigtem Verlust von Glauben und Kirchenmitgliedschaft führen wird. Insofern fügt der Beschluss unserer Auffassung nach der Kirche einen massiven Schaden zu.

Als Kirchenvorsteher stellen wir uns natürlich die Frage, ob wir in solch einem neuen Gremium einer Großkirchengemeinde auch ab 2030 Verantwortung übernehmen sollten und wollen. Selbstverständlich wollen wir unsere Kirche auch weiterhin gestalten. Aber in einem solchen neuen Gremium mitzuarbeiten würde entweder bedeuten, sich weit über das normale ehrenamtlich mögliche Maße engagieren zu müssen oder schlecht zu arbeiten, weil man sich gar nicht in alle Orte und Gegebenheiten einarbeiten kann und über die Köpfe hinweg entscheiden würde.

In diesem Paradigmenwechsel werden die Inhalte, also Seelsorge, Diakonie und Glaubensverkündigung, nicht benannt und bedacht. Die Inhalte müssen sich also der neuen Struktur anpassen. Dies ist die falsche Denkrichtung. Richtig ist, von den Kernanliegen her eine passende Struktur zu suchen. Wir fürchten, dass unsere zentrale kirchliche Arbeit unnötig leidet und uns viel Nähe zu den Menschen verloren geht.

Zusammenfassend sehen wir in dem beschlossenen Paradigmenwechsel eine sinnlose Zerstörung von Strukturen, die vielleicht nicht mehr überall, und nicht mehr überall gut, aber immer noch an vielen Orten unserer Landeskirche überhaupt funktionieren. Funktionierendes kaputt zu machen, bedeutet immer, reale Verluste für erträumte Gewinne zu riskieren.

Wir fordern die Synodalinnen und Synodalen der XIV. Landessynode daher nachdrücklich auf, den Beschluss „Eckpunkte zur Strukturreform“ auszusetzen und seine Umsetzung vorläufig zu stoppen – auch, um nicht weitere Arbeitszeit des Landeskirchenamtes und anderer Gremien zu binden.

Bei einem so gravierenden Schritt gilt es, die vorhandenen Alternativen ehrlich in den Blick zu nehmen. In den vergangenen Monaten wurden Alternativen durch verschiedene Gremien erarbeitet, aber im sogenannten „Beteiligungsprozess“ nicht gehört und beachtet. Weiterhin gilt es, die Konsequenzen gründlich zu durchdenken und abzuwägen und erst dann zu einer neuen Entscheidung zu kommen. Einer Entscheidung, die den ganzen Leib der Kirche im Blick hat, nicht nur Teile von ihm; die nicht einreißt, sondern aufbaut.

Wir sind überzeugt: Am Ende eines solchen Prozesses kann eine wirklich zukunftsweisende Lösung für unsere Kirche stehen – eine Lösung, die auf Beteiligung setzt und auf Zerstörung verzichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Dahlum

(38170 Dahlum, Voigtsdahlumer Str. 1 dahlum.buero@lk-bs.de)

Frau Susanne Schnettker, Vorsitzende

geschäftsführender Pfarrer Axel Bothe

(axel.bothe@lk-bs.de)

Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Börßum

(38312 Börßum, Hauptstr. 14)

geschäftsführender Pfarrer

Frau Helga Tost, Vorsitzende

Daniel Maibom (daniel.maibom@lk-bs.de)

A.D. 2026 (8.Januar)